

Das „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Im Bezugspreise beträgt für das Briefetal 1/3 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelnen Nummern kosten 7 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstr. 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die schlagzeilige Beilagen kostet 5 Pfennig, die Restausgabe 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 54. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Sonnabend, den 4. April 1925 Postfach-Konto Berlin 62448 24. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.
Die Straße an der Untermühle wird wegen Reparatur mit sofortiger Wirkung für jeglichen Fußverkehrsverkehr gesperrt.
Birkenwerder, den 3. April 1925.
Der Amtsvorsteher. J. B. Pieper.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.
Dem Förster Richard Dunst ist die polizeiliche Genehmigung erteilt, auf dem Forstgrundstück in Stolpe Selbstschäße legen zu dürfen.
Ich weise erneut auf die Beachtung der Regierungspolizeiverordnung betr. den gewerblichen und Handelsverkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln vom 2. März 1914 hin. Die Verordnung kann im Amtsbüro während der Dienststunden eingesehen werden.
Bergfelde, den 3. April 1925.
Der Amtsvorsteher. Vors.

Hohen Neuendorf.
Der Gemeindevorsteher macht bekannt:
Pflegekette gesucht.
Für ein 3 Monate altes Kind wird eine Pflegekette gesucht. Pflegegeld monatlich 25—30 Mark. Meldungen im Gemeindebüro, Zimmer 8, erbeten.

Was gibt es Neues?
— Dr. Höpfer-Wischoff hat die Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten abgelehnt.
— Der Reichsstadl sagte auch in seiner Sitzung am Donnerstag noch keinen Beschluß zur Präsidentschaftsfrage.
— Für die Opfer der Weferkatastrophe findet an diesem Freitag eine Trauerfeier im Deutscher Kreis-Tanzenhaus statt.
— Die Erklärung Coolidge, daß Amerika nur noch zu Aufbaubarbeiten Anleihen geben werde, hat einen Sturz des französischen Frankens herbeigeführt.
— Die türkischen Truppen haben die Orte Balu, Argana und Dani besetzt. Dagegen ist es den aufständischen Kurden gelungen, bis Sidhan vorzudringen.
— Wie aus Tirana in Albanien gemeldet wird, ist Bakram Tauri, einer der einflussreichsten Führer der Partei Fanelli, nach einem blutigen Kampfe von Gen darmen getötet worden.

Die Katastrophe auf der Weser.
60 Vermisste endgültig festgestellt.
Die Vergungsarbeiten.
Fast zwei Tage und eine Nacht suchten Pioniere, Reichswasserfiskus und Technische Kurzhilfe nach den Leichen der ertrunkenen Soldaten. Kurz vor Münden und auch unterhalb der Stadt sowie zwischen den einzelnen Bühnen von Veltheim bis Münden ist die Weser abgestaut worden, um so möglichst kleine Bereiche zu schaffen, die, frei von der Strömung, systematisch abgesehen werden. Mit Suchleinern wird der Grund des Flusses nach allen Richtungen abgesehen, mit langen Haken tasten die Notthorfer und Pioniere die Räume zwischen den Bühnen Meter für Meter ab, um Leichen, die etwa zwischen den Steinen und Felsblöcken festhaken, zu finden, eine schwierige und traurige Arbeit. Während der Nacht arbeiten die Vergungsmaßnahmen bei Scheinwerferbeleuchtung. Die Käbne und Pontons sind mit starken Lampen versehen, um nachts die Fluten bis auf den Grund durchleuchten und dabei vielleicht einzelne Leichen finden zu können.
An der Unfallstelle traf inzwischen der Chef der Heeresleitung, General v. Seeck ein, der sich an Ort und Stelle über den Hergang der Katastrophe und über die Vergungsarbeiten Bericht erlassen ließ.

Die amtlichen Feststellungen.
Die Zahl der bei dem Weferunglück am 31. März Vermissten beträgt 80 Mann. Von den Vermissten sind bisher als Leichen geborgen worden nur der Oberfähige Simon Glibbert vom 14. Infanterieregiment Nr. 18 und der Schütze Alfred Rollmann von der 16. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 18.

Ausgabe des Reichswehrministers Dr. Gessler.
Die Reichswehr hat einen schweren Schlag erlitten. Mehr als 70 junge Soldaten haben in den Fluten der Weser den Tod gefunden. In tiefer Erschütterung gedenken wir der Kameraden. In tiefer Erschütterung gedenken wir dem Leben rich, mit uniger Teilnahme ihrer Angehörigen, die ihr Liebste verloren. Der Tod dieser Kreuze sei eine Mahnung, bei jeder Erfüllung unserer Berufspflicht unser Bestes einzusetzen. Unsere Tätigkeit und unser Leben gehört dem Vaterlande. Das Angehörigen unserer jungen Kameraden, die im Dienst haben, soll unerschrocken bleiben.
Beileidstelegramme sind von fast allen Regierungen des Inlandes und von vielen außerdeutschen eingegangen.

Gessler über die Weser-Katastrophe. Das Verleide des Reichstags.

— Berlin, den 1. April 1925.
Zu Beginn der heutigen Sitzung gedachte Präsident Löbe zunächst des schweren Unglücks, das die Reichswehr betroffen hat, und gab seinem Verleide Ausdruck, während sich die Abgeordneten von den Plänen erhoben.
Reichswehrminister Dr. Gessler dankt dem Präsidenten für den Ausdruck der Teilnahme und ebenso dem Reichstag, der sich dieser Teilnahme angeschlossen habe. Er sei noch nicht in der Lage, heute eine verantwortliche Erklärung über die Ursachen des Unglücks abzugeben, die erst feststeht werden müßten durch eine Untersuchung, zu der er den Chef des Pionierwesens abgeordnet habe, und dann aber auch durch eine gerichtliche Untersuchung. Der Minister bringt dann einen vorläufigen Bericht über die Katastrophe zur Kenntnis und teilt mit, daß wahrscheinlich ein Offizier und 78 Mann ertrunken seien. Die Aussicht auf Rettung sei gering. Der Härt wird die Trauer noch durch einen neuen Unfall, der sich gestern bei der Marine ereignet habe, wobei 2 Heizer und 2 Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben und ebenfalls Personen verunndet sind. Der Minister stellt auch hierüber einen baldigen amtlichen Bericht in Aussicht.
Entsprechend einem Bericht des Geschäftsrundungsausschusses wird alsdann die Genehmigung zur Vernehmung von Reichstagsabgeordneten im Koffard-Prozess vertagt. Darauf wird die zweite Lesung des Gelegenheitsworts betreffend den

Verhang der Grundschule.
fortgeleht. Im Verlauf der Aussprache beäwortet Ministerialrat Dr. Rehnert vom Preussischen Kultusministerium eine Einigung in der Grundschulfrage. Es sei auf die Dauer unverzichtbar, wenn die Grundschule alljährlich zu Jahre schließt und müsse auch so bleiben. Das Preussische Kultusministerium habe sich mit besonderer Liebe dieser Frage angenommen. Besonders die Ertragungen zugunsten begabter Schüler seien allgemein nicht möglich. Der Reichstag erhebt Bedenken gegen die von den Regierungsmitgliedern des Reichstags beschlossene Regelung der Grundschule.
Der sozialdemokratische Antrag, der jede Verfürgung der Dauer des Verbranges der Grundschule von mindestens vier Jahresklassen für unzulässig erklärt, wird abgelehnt, ebenso der Antrag auf Einführung von 6 Jahresklassen. Darauf vertagte sich das Haus.

Kreditstörre gegen Frankreich.

Eine amerikanische Abwehrmaßnahme.
Die Weigerung Frankreichs, an der von Amerika angeregten Abrüstungskonferenz teilzunehmen, haben Coolidge zu der Erklärung veranlaßt, daß Amerika künftig nur Anleihen für Wiederbaumaßnahmen, nicht aber zur Anschaffung von Waffen gewähren werde. Die Spitze gegen Frankreich ist unverkennbar, und so ist auch die Wirkung dieser Erklärung auf den Kursstand des Frankens nicht ausgeblieben. Während er sich im vergangenen Monat im Verhältnis zum Fund Sterling von rund 95 auf 98 gesteigert hatte, sank der Kurs auf die Hiespost hin auf 91 1/2. Nach einer „Times“-Meldung haben sich auch die führenden Londoner Bankiers ganz parallel mit Amerikas Vorgehen dem Wunsch der englischen Regierung unterworfen, monach ausländische Anleihen auf dem Kreditmarkt in London nur dann betriebigt werden sollen, wenn es sich „um dringende Wiederbaumaßnahmen“ handelt.

Verhandlungen über die Schuldenfrage.
Wie aus New York gemeldet wird, kontertierte Coolidge auffallend lange mit Kellogg und Hoover. In politischen Kreisen wird berichtet, daß die Schuldenfrage der Gegenstand der Unterredung war; man glaubt, daß die Unterredung im engeren Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage und Frankreichs wenig entgegenkommender Haltung steht. Aktionen seitens Amerikas seien allerdings zunächst nicht zu erwarten, weil Mellon, der Vorsitzende des Schuldenausschusses, augensichtlich auf den Vermutungs weilt.

Inflationspanik in Paris.
Wie aus Paris berichtet wird, beschäftigte sich ein Kabinettsrat unter Vorsitz Herrerts mit der Frage der Geldknappheit und der von den Wirtschaftskreisen bemängelten Verjorgung des Geldes mit Zahlungsmitteln. An der Börse war alarmierende Gerüchte über eine neue Inflation im Umlauf, die auch zu neuem Sturz des Frankens geführt haben. Nach dem Ministerrat wurde gegen 1 Uhr nachts noch ein beruhigendes Communiqué ausgegeben.

Frankreich und die Sicherheitsfrage.
Hier Fragen an Deutschland.
Die Verhandlungen über die Sicherheitsfrage schelen immer mehr auf ein totes Gleis zu geraten, da sie von Paris aus systematisch sabotiert werden. Der

pariser Berichterstatter der „Times“ erklärt, daß die französische Regierung die Fortsetzung der Verhandlungen über die deutschen Vorschläge von der Beantwortung folgender Frage durch die deutsche Regierung abhängig machen wolle:

1. Was bedeutet Deutschland bezüglich des Völkerbundes zu unternehmen? Ist Deutschland bereit, wenn es zugelassen werden sollte, alle Verpflichtungen zu übernehmen, die mit der Mitgliedschaft verbunden sind?
2. Was bedeutet Deutschland bezüglich seiner östlichen Grenzen vorzunehmen?
3. Ist Deutschland noch entschlossen, den Anschluß mit Oesterreich zu vollziehen?
4. Deutschland erklärt sich in der Denkschrift vom 24. Februar bereit, die französische Grenze zu achten. Was bedeutet Deutschland bezüglich der belgischen und italienischen Grenze zu tun? Sind sie nur vorübergehend unerwähnt geblieben oder wird dadurch eine bestimmte Absicht verfolgt? Wenn dies der Fall sein sollte, wird Deutschland verstehen, daß Capen und Malmedy ebensowenig Disputationsgegenstand sein können, wie Eläß und Lothringen.

Bezüglich der Ostgrenze müsse Deutschland bes greifen, daß kein Schiedsbruch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles berühren kann. Die deutsch-polnische Grenze könne nur mit freiwilliger Zustimmung Polens geändert werden.

Die Ruhr-Entschädigungen.

Sitzung des Untersuchungsausschusses.
Der Untersuchungsausschuss des Reichstags für die Ruhrentschädigungen trat am Donnerstag wieder zusammen. Die Berichterstatter haben inzwischen Kenntnis in die Akten genommen, die im Finanzministerium zwei Tische füllen. Dort liegen sie für die Ausschussmitglieder aus; nach dem Reichstag selbst sollen sie nicht gebracht werden.
Zuerst werden die beiden Berichterstatter gehört. Abg. Dr. Perlitius (Str.) ist auf Grund des Studiums der Aktenstücke zu dem Schluß gekommen, daß das Reich rechtsverbindlich zur Entschädigung verpflichtet war. Der zweite Berichterstatter Abg. Dr. Herz (Soz.) behält sich seine Stellungnahme zu den Ausführungen des ersten Berichterstatters bis zum Vorliegen der Akten über bis nach der Regierungserklärung vor.
Ministerialdirektor v. Brandt erstattet hierauf den Bericht als Regierungsbereiter. Die Regierung war von ihrer Verpflichtung zur Entschädigung überzeugt. Infolge der Reichstagsauflösung war man zu mehrfachen Abschlagszahlungen genötigt. Vor der endgültigen Entscheidung hielt die Regierung dann ein Gutachten für erforderlich, um den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber eine feste Unterlage zu haben. Als die Regierung daher mit weiteren Abschlagszahlungen zurückhielt, wandte sich die Industrie in ihrer Ratlosigkeit an den Kammergerichtspräsidenten Dr. v. Staff um ein Gutachten, ob sie eventuell zur Steuererhöhung gegenüber der Regierung berechtigt sei.
Ministerialdirektor v. Brandt will nunmehr ein allgemeines Referat halten, wird aber aus dem Ausschuss heraus erlucht, sich zunächst auf die rechtlichen Fragen der Neuverträge zu beschränken. Hierzu führt er aus:

Als Anfassung des Reichsfinanzministers möchte ich aussprechen, daß die Wicuntlieferungen nichts anderes darstellen, als die Erfüllung von Reparationsverpflichtungen des Reiches.
Die Scherwindbüttel ist durch die Zuzüge, die am 1. und 5. November 1923 gegeben und in Zwischenräumen von 4 Wochen bis 2 Monaten immer wiederholt worden sind, und die von zwei Kabinetten gegeben worden sind, dazu berufen worden, an Stelle des Reiches die krieglichen Lieferungen zu machen, welche das Reich damals aus Gründen seiner finanziellen Not nicht zu machen in der Lage war.
Im Einverständnis und im Auftrag des Reiches sind die Wicuntverträge abgeschlossen und verlängert worden, und die Industrie hat sich dabei gegütigt auf die Zuzüge einer vollen Entschädigung durch das Reich. Wir haben infolgedessen an der rechtlichen Verpflichtung der Wicuntlieferungen und der erprobten Lieferungen nie gezweifelt.
Die nächste Sitzung des Ausschusses wird erst nach den Osterferien, am 28. April, stattfinden.

Wanderlager und Hochwasserfiskus.

Aus dem Landtag.
— Berlin, den 1. April 1925.
Der Landtag erledigte heute zunächst eine Anzahl Anträge und trat hierauf ein in die zweite Beratung der Novelle, die eine höhere Besteuerung des Wanderlagerbetriebes vorieht. Nach längerer Aussprache, in der namentlich von den Reichsparteien härterer Tonus von Handel und Gewerbe gefordert wird und höhere Sätze verlangt werden, um insbesondere den Osthüben, die im Wanderlagerwerden eine große Rolle spielen, das Handwerk zu legen, wird die Vorlage in zweiter Lesung angenommen und auch in dritter verabschiedet. Die Steuer beträgt danach für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern 90 Goldmark, in solchen mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern 50 Goldmark, in solchen